

Postdemokratie in Österreich?¹

Wolfgang Plaimer

1 Einleitung

Ist die österreichische Demokratie bereits zu einer, wie Colin Crouch es bezeichnet, Postdemokratie geworden, oder zieht er vorschnelle Schlüsse aus seinem Vergleich der gegenwärtigen Demokratie mit jener des Wohlfahrtsstaates? Um diese Frage beantworten zu können, bedarf es zuerst einer Klärung des Begriffes Postdemokratie. Was bedeutet Postdemokratie für Crouch, wenn er die Demokratie mit dem Attribut der zeitlichen Überholtheit beschreibt, woher nimmt er seine Vergleichsfolie der „idealen“ oder „originalen“ Demokratie? Genau jene Vergleichs-Demokratie, die der Postdemokratie vorgelagert ist, also der Wohlfahrtsstaat der Nachkriegszeit, wird zu hinterfragen sein. Nach einer ersten Untersuchung dieser Fragen wird der Begriff Postdemokratie nicht mehr so einfach zu begründen sein, vor allem im Hinblick auf die inhärente zeitliche Dimension des „Post“-Zeitalters der Demokratie. Zusätzlich sind einige Annahmen und implizite Voraussetzungen, die Crouch für seine Thesen annimmt, auf österreichische Verhältnisse nicht identisch zu übertragen, sondern bedürfen Erweiterungen oder Be- und Einschränkungen. Vor allem die zentrale Rolle der Sozialpartnerschaft und der historisch gewachsene Proporz sowie die geographische Begrenztheit und die damit einhergehende personelle Überschaubarkeit der Akteure führen zu bestimmten Eigenarten des politischen Systems in Österreich.

¹ Der Text wird im Sammelband zur Wintertagung 2012 des Instituts für die Gesamtanalyse der Wirtschaft veröffentlicht (In Druck).

Fragen über die Einordnung der Rolle der Sozialpartnerschaft und welchen Stellenwert diese in diesem System des Proporz hat, werden zu stellen sein. Die Hochblüte des Wohlfahrtsstaates in Österreich wurde in den 1970er Jahren erreicht und ging mit dem Ende der sozialdemokratischen Alleinregierung zu Beginn der 1980er Jahre langsam aber stetig zurück. Der große Bruch der politischen Tradition erfolgte allerdings erst mit dem Regierungswechsel 2000 und dem Amtsantritt der ÖVP-FPÖ Regierung. Im Anschluss an diese, innerhalb der österreichischen Geschichte völlig neue Regierungskonstellation, kam es wieder zur traditionellen großen Koalition zwischen SPÖ und ÖVP. Der SPÖ-Bundeskanzler Alfred Gusenbauer reaktivierte die Sozialpartnerschaft jedoch kaum. Erst der ihm nachfolgende Regierungschef Werner Faymann, ebenfalls SPÖ, aktivierte wieder die sozialpartnerschaftliche Zusammenarbeit in größerem Umfang.

2 Der Begriff Postdemokratie

Colin Crouch verbindet mit dem Begriff der Postdemokratie eine inhaltliche Aushöhlung der demokratischen Prozesse. Ausgehend von einem politischen Desinteresse der Bevölkerung und einem „Verfall der Handlungsfähigkeit der Politiker“ (Crouch 2008, S. 8) sind diese Demokratien, dem Beispiel einer Parabel folgend, im absteigen begriffen. Als Postdemokratie bezeichnet Crouch

„...ein Gemeinwesen, in dem zwar nach wie vor Wahlen abgehalten werden, Wahlen, die sogar dazu führen, dass Regierungen ihren Abschied nehmen müssen, in dem allerdings konkurrierende Teams professioneller PR-Experten die öffentliche Debatte während der Wahlkämpfe so stark kontrollieren, dass sie zu einem reinen Spektakel verkommt, bei dem man nur über eine Reihe von Problemen diskutiert, die die Experten zuvor ausgewählt haben. Die Mehrheit der Bürger spielt dabei eine passive, schweigende, ja sogar apathische Rolle, sie reagieren nur auf Signale, die man ihnen gibt. Im Schatten dieser politischen Inszenierung wird die reale Politik hinter verschlossenen Türen gemacht: von gewählten Regierungen und Eliten, die vor allem die Interessen der Wirtschaft vertreten.“ (ebenda, S. 10)

Hinter diesen an sich überzeugenden Aussagen verbergen sich durchaus einige problematische Annahmen.

Zu hinterfragen ist zuerst Crouchs Gleichsetzung des „goldenen Zeitalters“ der Demokratie mit der Hochblüte der Arbeiterbewegung bzw. der Gewerkschaften. Crouch vergleicht also die gegenwärtige Demokratie mit jener der Nachkriegszeit und des Wohlfahrtsstaates und stellt diese als „bessere“ oder „vorbildliche“ Demokratie dar. Historischer Höhepunkt der Demokratie ist dann Crouch zufolge die Zeit der Hochkonjunktur des Wohlfahrtsstaates, des Keynesianismus und der sozialdemokratischen Parteien in den 1960er und 1970er Jahren. In dieser Zeit kennzeichneten starke Gewerkschaften, die vor allem die Arbeiterschaft in den Konzernen und Großbetrieben machtvoll vertraten, und einflussreiche sozialdemokratische Parteien die politischen Systeme Westeuropas. Diese Situation dient Crouch als Ausgangs- und Referenzpunkt seiner Vergleiche. Daraus folgt, dass die sukzessive Zurückdrängung der Arbeiter als bestimmende Klasse an sich und die daraus resultierende Fragmentierung der Bevölkerung in diversifizierte Gesellschafts- und Sozialgruppen, einer der Hauptgründe für die Demokratiemüdigkeit, den Einflussverlust der Bevölkerung gegenüber den Wirtschaftseliten und schlussendlich für die Entwicklung zur Postdemokratie ist.

Für Crouch spielen Parteien eine wesentliche und systemimmanente Rolle innerhalb einer Demokratie. Wenn Crouch also die Demokratie des Wohlfahrtsstaats mit der gegenwärtigen Demokratie vergleicht, und dabei Parteien als, für ihn unverzichtbare Institutionen innerhalb der Demokratie annimmt, dann impliziert dies eine adäquate Repräsentation der Gewerkschaften bzw. der Arbeiterschaft innerhalb einer parlamentarischen Partei. Denn nur wenn die Arbeiterschaft, wie in der Zeit der 1960er und 1970er Jahren in West- und Südeuropa, in ausreichendem Maße im Parlament und den politischen Entscheidungsgremien vertreten ist, könne deren Anliegen repräsentiert werden. Da diese Repräsentation zur innersten Aufgabe der Sozialdemokratischen Parteien (Maimann 1988, Pelinka 1988) gehört, sind diese, wenn man Crouch konsequent folgt, ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie. Die politische Stärke und die ideologische und traditionelle Verbundenheit der Sozialdemokratie mit der Arbeiterschaft haben also zur Folge, dass es auf der Ebene der politischen Entscheidungen zu einem gewissen Ausgleich und Gleichgewicht zwischen den Interessen des Kapitals und der Arbeiterschaft kommt.

Nun führen aber die Auflösung der klassischen Industriearbeiterschaft als gesellschaftliche Klasse seit den 1970er Jahren, und das Entstehen neuer und prekärer Beschäftigungsformen (Angestellte, Scheinselbstständige, Ich-AG, Werkvertragsnehmer, Leiharbeit, Zeitarbeit etc.) zur Erosion der geschlossenen, einheitlichen und traditionellen Klientel der Sozialdemokratie und in weiterer Folge zur Auflösung des politischen Widerparts gegenüber Kapital und Wirtschaft (Dörre 2011). Die Sozialdemokratie hat es versäumt, dieses neue Prekariat als Wählerklientel für sich zu identifizieren, zu gewinnen und in weiterer Folge auch zu repräsentieren. Es gibt verschiedene, auch neue Parteien, die sich um die Anliegen der nunmehr gewachsenen Schicht der prekär und flexibel Beschäftigten kümmern.

Der Verlust der traditionellen Wählerschaft gepaart mit dem Verlust von politischem Einfluss, sowie die sozialdemokratische Abkehr vom wohlfahrtsstaatlichen Konzept², führten für Crouch zu einer stetigen Stärkung des neoliberalen Modells. Die österreichische Sozialdemokratie ahmte zeitverzögert die einschlägige Transformation der britischen³ und deutschen⁴ Sozialdemokratie nach. Die Akzeptanz und die Annäherung der Parteiprogramme (Grundsatzprogramm 1998) an die Postulate des freien Marktes, des Wettbewerbes und der Privatisierung, führten zu einer Abkehr von traditionellen sozialistischen Werten und zur Anpassung an den (neo)liberalen Mainstream. Crouchs Entdemokratisierungsbefund fußt also im Kern auf dem Befund des Bedeutungsverlustes der klassischen sozialdemokratischen Parteien. Klassische Sozialdemokratie und Demokratie werden quasi gleichgesetzt, was auf der einen Seite der Demokratie an sich einen viel zu engen Korsett überstülpt, und auf der anderen Seite naturgemäß Anhänger von

² Z.B.: wurden die 1978 festgelegten Ziele einer klassenlosen Gesellschaft und des demokratischen Sozialismus unter Parteivorsitzenden Viktor Klima 1998 wieder gestrichen, und statt dessen die funktionierenden Märkte und der freier Wettbewerb in das Parteiprogramm aufgenommen. (SPÖ-Grundsatzprogramm 1998).

³ Vgl. die Politik Blair/Giddens der „New-Labour“ und des „Dritten Weges“. Dieses Programm sollte ein neuer Mittelweg zwischen dem Neoliberalismus und der klassischen Sozialdemokratie darstellen und führte Tony Blair 1997 zum Wahlsieg und zum Amt des Premierministers (Giddens 1999).

⁴ Bundeskanzler Gerhard Schröder sah die erfolgreiche Politik Blairs als Vorbild und stellte seine Politik ebenfalls unter dem Schirm des „Dritten Weges“ und der „neuen Sozialdemokratie“ (New-Labour). Schröder-Blair-Papier 1999.

anderen demokratischen Parteien – man denke nur an die Grünen – sicher nicht unterschreiben würden.

Die Demokratie an dem machtpolitischen Einfluss einer Partei, eben der Sozialdemokratie, festzumachen, erscheint zumindest problematisch. Die Pointe liegt ja darin, dass die sozialdemokratische Parteien mit gemilderten neoliberalen Programmen wieder Regierungen in den liberalen Demokratien stellten. Galten in den 1960er und 1970er Jahren noch die Grundwerte der Freiheit, Gleichheit und Solidarität innerhalb einer „klassenlosen Gesellschaft“ sowie Vollbeschäftigung und Ausbau der Sozialrechte für Arbeitnehmer als zentral, so haben in das, oben erwähnte SPÖ Grundsatzprogramm 1998, neoliberale Begriffe wie die „Effizienz des freien Marktes“ und der „fairer Wettbewerb“ als Zielsetzungen Einzug gehalten (SPÖ 2012).

In einem wichtigen Punkt weicht die Geschichte der österreichischen Sozialdemokratie von den Transformationsgeschichten der europäischen Sozialdemokratie zu marktkonformen Parteien ab. Aufgrund der historischen Verankerung der Sozialpartnerschaft in das politische System, ist es zu einer sehr viel länger andauernden, sehr stark ausgeprägten und institutionalisierten Kooperation zwischen Arbeit und Kapital gekommen. Das sozialpartnerschaftliche System Österreichs entspricht auch nach der neoliberalen Wende dem postdemokratischen Modell Crouchs nicht unmittelbar. Die starken Gewerkschaften und die ausgeprägte Kooperation zwischen Arbeitgeber, Arbeitnehmer und der jeweiligen Regierung bis Ende der 1990er Jahre bilden einen entscheidenden Unterschied zu den Entwicklungen und Verhältnissen in den von Crouch Großteils fokussierten Ländern Großbritannien und Italien. Dort kam es zu einem viel größerem Einflussverlust der Gewerkschaften. Auch die geographische sowie personelle Begrenztheit des Landes führten zu spezifisch anderen Entwicklungen. Dennoch ist eine postdemokratische Tendenz auch in Österreich nicht von der Hand zu weisen.

3 Postdemokratie und Sozialpartnerschaft

Die Sozialpartnerschaft spielt in der politischen Tradition der zweiten Republik eine zentrale Rolle, die nach Tállos (2001 und 2008) zwar teilweise überschätzt wird und nicht als Nebenregierung bezeichnet

werden sollte. Allerdings hat die Sozialpartnerschaft durch die Praxis der Konsultierung in den Bereichen des Sozialen und der Arbeit einen beträchtlichen Einfluss auf politische Entscheidungen. Die Sozialpartnerschaft ist als eines der klassischen korporativistischen Modelle anzusehen, die nach Crouch die demokratische Nachkriegszeit prägten.

Die Entstehungsgeschichte der Sozialpartnerschaft in Österreich war geprägt von den Erfahrungen der ersten Republik, des darauffolgenden Austrofaschismus und des Nationalsozialismus. Nach dem zweiten Weltkrieg war die Zusammenarbeit der beiden großen politischen Kräfte des Landes, der Sozialdemokraten und der Volkspartei kooperativ ausgerichtet. Dies sollte die zweite Republik vor einem neuen kalten Bürgerkrieg, der die erste Republik spaltete, bewahren. Gemeinsame Erfahrungen im Kampf gegen den Nationalsozialismus förderten ein neues, kooperatives Politikverständnis. So waren es vor allem Julius Raab (Präsident der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft, ÖVP) und Johann Böhm (Präsident des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, SPÖ) die aufgrund ihrer entschlossenen Zusammenarbeit die Grundsteine für die spätere Sozialpartnerschaft legten. Ausgehend von den fünf Lohn-Preis-Abkommen (1947-1951) entwickelte sich die institutionalisierte Form der paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen (1957), das Herzstück der sozialpartnerschaftlichen Zusammenarbeit. In der Kommission wurden in Unterausschüssen (paritätisch zwischen Arbeitnehmer- und Arbeitgebervertreter besetzt) sozial- und wirtschaftspolitische Gesetze diskutiert, verhandelt und mittels gemeinsamer Empfehlung der Regierung vorgelegt. Diese Interessenvermittlung auf der Ebene der großen Dachverbände⁵, die bis zur Gegenwart, unter Berücksichtigung historischer Bedeutungsauf- und abschwünge, eine gewichtige Rolle spielt und inzwischen in der Literatur unter dem Begriff Neokorporatismus (Pelinka 2004) seinen Niederschlag gefunden hat, ist eine Besonderheit im institutionellen Spektrum liberaler Demokratien. Die Sozialpartnerschaft ist

„...ein spezifisches Muster der Interessenvermittlung und Interessenpolitik, das von den großen Dachverbänden der Arbeitgeber-

⁵ Arbeiterkammer (AK), Wirtschaftskammer (WKÖ), Landwirtschaftskammer (LK), Gewerkschaftsbund (ÖGB), Industriellenvereinigung (IV)

und Arbeitnehmerinteressenorganisationen sowie der Regierung getragen wird. Dieses ist durch Kooperation, Konzertierung (d.h. Einbindung der Dachverbände in politische Entscheidungen) und Interessenakkordierung zwischen den genannten Akteuren gekennzeichnet.“ (Tálos 2006b, S. 425)

Viele Empfehlungen der Kommission dienten als Gesetzesvorlage und wurden später vom Parlament unverändert verabschiedet. Vor allem im Bereich Arbeit und Soziales war die vorparlamentarische Akkordierung zwischen Regierung, sowie den Arbeitgebervertretern und den Arbeitnehmervertretern politischer Usus (Tálos/Kittel 2001). Mit dem Ende der sozialdemokratischen Alleinregierung (1983) und dem Beginn der Koalitionsregierungen nahm der Einfluss der Sozialpartnerschaft kontinuierlich ab. Zu einem entscheidenden Bruch der sozialpartnerschaftlichen Tradition kam es mit dem Regierungswechsel zur Mitte-Rechts Regierung von ÖVP und FPÖ im Jahr 2000 (Tálos/Karlhofer 2006). Die ÖVP-FPÖ Regierung unter Bundeskanzler Wolfgang Schüssel reduzierte die Zusammenarbeit auf dieser Ebene drastisch und ignorierte vor allem die Arbeitnehmervertreter (Tálos 2006a). Nach dem Ende der ÖVP-FPÖ bzw. ÖVP-BZÖ Regierung im Jahr 2006 kam mit Alfred Gusenbauer (SPÖ) wieder ein sozialdemokratischer Bundeskanzler an die Macht. Durch diesen Machtwechsel, aber vor allem durch seinen 2008 gewählten Nachfolger Werner Faymann (SPÖ) kam es zur Wiederbelebung der Sozialpartnerschaft und somit auch die Gewerkschaften wieder zu neuem Einfluss auf die politischen Entscheidungsträger. Diese spezielle Entwicklung des Korporatismus in Österreich beinhaltet aus demokratietheoretischer Sicht verschiedene Kritikpunkte, die im Folgenden aufgearbeitet werden.

Demokratiethoretische Bedenken in Bezug auf die Sozialpartnerschaft sind aufgrund der nicht demokratischen Legitimierung der Organe und Institutionen innerhalb der sozialpartnerschaftlichen Dachverbände zu konstatieren (Pribyl 1991). Aufgrund ihres hohen Einflusses innerhalb bestimmter Politikbereiche tritt sie in Konkurrenz zum Parlament, obwohl sie keinerlei verfassungsrechtliche Grundlage hat und außerhalb des geregelten Verfassungsrahmens agiert. Zwar gibt es Wahlen für die gesetzlich

geregelten Kammern (AK, WKÖ, LK⁶), allerdings sind diese Pflichtmitgliedschaften nicht für die gesamte Bevölkerung (Beamte, Pensionisten, etc.) repräsentativ und haben aufgrund ihrer äußerst niedrigen Wahlbeteiligung⁷ keine große Legitimation. Gewerkschaft und Industriellenvereinigung sind freiwillige Vereine, die überhaupt jeder staatlichen (v.a. juristischen) Kontrolle und Konsequenzen entzogen sind. Die intendierte breite Repräsentation der Interessen ist nicht generell abzustreiten, aber die Verbandsvertreter entbehren eben der demokratischen Legitimation durch die Verfassung. Sie können auch nicht, wie in einem demokratischen Prozess üblich, abgewählt werden. Allein die Pflichtmitgliedschaft⁸ in Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer und Landwirtschaftskammer ist zu wenig, von den Gewerkschaften gar nicht zu sprechen, um einem demokratischen Anspruch gerecht zu werden. Auch das passive Wahlrecht, die Möglichkeit selbst eine Funktion innerhalb der Dachverbände einzunehmen, ist aufgrund bürokratischer Zugangsbarrieren für Quereinsteiger schwer realisierbar und bedarf einer längerfristig angelegten Karriereplanung innerhalb der jeweiligen Organisation. Durch diese Intransparenz der Entscheidungen und den Ausschluss der Öffentlichkeit herrscht eine „Intimität der Elite“ (Pribyl 1991, S. 26). Somit kann die spezifisch postdemokratische Diagnose der Politik hinter verschlossenen Türen durch bestimmte Eliten auch für die Sozialpartnerschaft und den Wohlfahrtsstaat gestellt werden.

Mit der Nichtberücksichtigung in der Verfassung entzieht sich die Sozialpartnerschaft zudem jeder rechtsstaatlichen und demokratischen Kontrolle des Verfassungsgerichtshofes sowie des Parlaments. Auch die Nachvollziehbarkeit von Beschlüssen und damit die Transparenz werden, wie oben angedeutet, fast unmöglich gemacht.

Kritik kann auch an der „Burgfriedenpolitik“ (Pribyl 1991, S. 26) zwischen den Klassen geübt werden. Dieser „Burgfrieden“ täuscht oft über die echten Probleme und Differenzen hinweg, und verschiebt deren

⁶ Arbeiterkammer (AK), Wirtschaftskammer (WKÖ) und Landwirtschaftskammer (LK)

⁷ Z.B.: Wahlbeteiligung AK-Wahlen 2009 Wien: 40,2%, Steiermark: 39,6%; WKÖ-Wahlen 2010 Wien: 29,7%, Vorarlberg: 28%; LK-Wahlen 2011 Kärnten: 50,2%, Salzburg: 56%

⁸ Durch die Pflichtmitgliedschaft gibt es zwar einen verpflichtenden finanziellen Beitrag, allerdings bleibt die politische Beteiligung der Mitglieder äußerst gering und bedenklich.

Lösung tendenziell in die Zukunft. Neoliberale bemängeln an den Sozialpartnern, dass sie durch ihre Zwischenstellung zwischen Politik und Wirtschaft die Kräfte des Marktes be- und einschränken.

Die politische Klasse kritisiert an der Sozialpartnerschaft sowohl die Ausgrenzung von bestimmten Minderheiten auf der Seite der Interessensvertretungen (z.B. ÖAAB⁹) als auch die Ausgrenzung von bestimmten politischen Parteien. Durch die überproportionale Besetzung der einzelnen Verbände durch Mitglieder der SPÖ oder der ÖVP werden Vertreter aller anderen Parteien ausgeschlossen. Diese Reproduktion von Eliten führt zu einem Machtzentrum, in dem nur SPÖ und ÖVP gemeinsam Entscheidungen treffen. Andere Parteien wie FPÖ, BZÖ, die Grünen etc. haben realpolitisch kaum Möglichkeiten diese Machpositionen zu besetzen.

Wenn Jörke, ein Verfechter der Crouch'schen Thesen, davon spricht, dass gegenwärtig primär Vertreter gesellschaftlich einflussreicher Interessen wie Großunternehmer und Gewerkschaften am Verhandlungstisch mit der Regierung sitzen, unterstreicht er ungewollt den elitären Charakter der Sozialpartnerschaft (Jörke 2005, S. 489). Er skizziert genau jenes elitäre und paternalistische Bild, das sich auch in der Sozialpartnerschaft des Wohlfahrtsstaates wieder findet. Seine Analyse über die gegenwärtige Demokratie übersieht, dass die postdemokratische Entwicklung schon viel früher einsetzt. Auch das neokorporatistische System funktioniert eben nach genau diesem Schema der Entscheidungen hinter verschlossenen Türen. Sein Schluss, dass die „Gefahr einer Einigung auf Kosten unbeteiligter Dritter“ (ebenda) besteht, ist richtig, aber das ist kein neues und postdemokratisches Phänomen. Entscheidend dabei ist die Machtverschiebung die zwischen der Zeit des Wohlfahrtsstaates und der Gegenwart stattgefunden hat. Von einer paritätischen Machtverteilung zwischen Arbeit und Kapital ist es zu einer Schieflage zugunsten des Kapitals gekommen. Die veränderten politischen Zielsetzungen geben den Forderungen des Kapitals den Vorzug gegenüber jenen der Arbeitnehmer und ihrer Vertretungen. Auf der Ebene der demokratischen Institutionen hat sich wenig bis nichts geändert, das Ergebnis der korporativistischen Politik ist allerdings ein anderes.

⁹ Österreichischer Arbeiter- und Angestelltenbund

Recht hat Jörke mit der Feststellung, dass die Entmachtung der nationalen Parlamente durch die Verlagerung der Politik auf die suprastaatliche Ebene massiv unterstützt worden ist. Die genauere Betrachtung der EU und internationaler Gremien/Institutionen würden diesen Rahmen sprengen, müssen aber immer mitgedacht werden.

Beim Thema der Repräsentation befürwortet Crouch den Weg der Partizipation der Bevölkerung über Parteien und politische Bewegungen, welche seiner Meinung nach in ihrem Inneren durchaus undemokratisch organisiert sein können. Parteien sind für Crouch ein unverzichtbarer Bestandteil der Demokratie und können auch nicht durch immer differenzierter und mannigfaltiger auftretende Interessengruppen, NGO's, oder Lobbygruppen abgelöst werden, da dies direkt in die Postdemokratie führe. Crouch meint dazu:

„Die Unterstützung von sozialen Bewegungen, die sich lediglich einzelnen Themen widmen, kann das Engagement in politischen Parteien nicht ersetzen.“ (Crouch 2008, S. 145)

Er schreibt diese sozialen Bewegungen, Interessensgruppen und Lobbyisten dem Liberalismus-Modell (ebenda. S. 27) zu, das für ihn strikt vom Demokratie-Modell zu trennen ist und ihm sogar teilweise entgegen steht.¹⁰ Diese Zuschreibung der außerparlamentarischen Akteure (Lobbyisten, Interessenvertretungen etc.) zum liberalen Modell, zeigt sich für ihn an der ungleichen Ressourcenverteilung innerhalb der einzelnen Akteure, die sich proportional auf die jeweiligen Einflussmöglichkeiten auswirke. Die Machtverschiebung die im Zuge der Liberalisierungstendenzen erfolgt sind, haben von einem Machtgleichgewicht zwischen Arbeit und Wirtschaft, zu einem klaren Überhang an Machtressourcen der Wirtschaft geführt. Aufgrund der, im neoliberalen Diskurs, gängigen Ablehnung von Restriktionen, Einschränkungen, Regulationen usw. hin zum unhinterfragbaren Postulat des freien Wettbewerbs und des Konkurrenzdenkens ist diese Entwicklung der Bevorzugung des liberalen Modells gegenüber dem demokratischen Modell entstanden und führte nicht nur zu einer enormen Ungleichverteilung der Macht-Mittel, um in den politischen Prozessen Einfluss ausüben zu können, sondern auch zu einer Reproduktion der

¹⁰ Für die kontroverse österreichische Diskussion siehe unter anderem: Kelsen 1963; oder Popper 1980.

Ungleichverteilung von finanziellen Ressourcen. Dieser geschlossene Kreislauf, der aufgrund der permanenten Wechselwirkung zwischen Kapital und politischen Einfluss zu immer größeren Machtverschiebung geführt hat, ist das zentrale Moment der Veränderung der gegenwärtigen Demokratie.

Ideale demokratische Partizipation und Prozesse setzen für Crouch voraus,

„dass sich eine sehr große Zahl von Menschen lebhaft an ernsthaften politischen Debatten und an der Gestaltung der politischen Agenda beteiligt und nicht allein passiv auf Meinungsumfragen antwortet; dass diese Menschen ein gewisses Maß an politischem Sachverstand mitbringen und sie sich mit den daraus folgenden politischen Ereignissen und Problemen beschäftigt.“ (ebenda. S. 9)

Gerade diese egalitäre Partizipationsmöglichkeit wird nach Crouch immer mehr durch elitäre und privilegierte Zugangsformen zur Politik von Eliten korrumpiert und unterwandert. Insbesondere die Wirtschaftseliten beeinflussen politische Themen sehr erfolgreich. Gegen das Argument der politisch uninteressierten und inaktiven Bevölkerung sprechen Statistiken¹¹, die der Wählerschaft sehr wohl politisches Interesse (Schmidt 2011) attestieren. Nicht die Politikverdrossenheit sondern die Politikerverdrossenheit steht dabei im Vordergrund. Auch das konstante Entstehen neuer Formen der Partizipation in den letzten 50 Jahren spricht zumindest teilweise gegen die postdemokratische These. So werden traditionelle Beteiligungsformen der repräsentativen Demokratie durch neue Formen adaptiert oder ergänzt. Bürgerinitiativen, Demonstrationen, online Plattformen, social communities, Petitionen, Konsum-Boykotte, Mediationsverfahren usw. bilden Möglichkeiten der aktiven politischen Mitgestaltung. Nolte (2011, S. 11) spricht im Zusammenhang mit diesen neuen Partizipationsmöglichkeiten die die repräsentative Demokratie erweitern von der „multiplen Demokratie“, die keineswegs eine negative postdemokratische Endzeitstimmung darstellt, sondern sich in einem ständigen Wandel befindet. Die

¹¹ Statistiken zeigen, dass bei der Beurteilung der Umfragen zwischen dem politischen System, also der Demokratie, und den politischen Akteuren, den Politikern, unterschieden werden muss. Das System an sich und das Interesse daran sind in der Beliebtheit und Akzeptanz weit über jenem der Politiker angesiedelt.

repräsentative Demokratie hat also seit 1945 einige einschneidende Erweiterungen erfahren, ohne allerdings ihren Kern aufgeben haben zu müssen. Die partizipatorische Protest- und Bewegungsdemokratie (Martin Luther King, „68er“ Bewegung, die Grünen, Internet – Social Media, usw.) fügt sich an die repräsentative Demokratie an. Noltes Begriff für diese Entwicklung ist die „Multiple Demokratie:

„Wer wegen sinkender Wahlbeteiligung oder dem Mitgliederschwund in Parteien der Demokratie per se ein schlechtes Zeugnis ausstellt, übersieht den komplementären Zuwachs von Partizipation an anderen Stellen; wer immer noch darüber klagt, man dürfe ja nur alle vier Jahre sein Kreuzchen machen, dem sind offenbar andere Handlungsoptionen entgangen.“ (ebenda, S. 11)

Negativ schlägt aus demokratietheoretischer Perspektive die begrenzte Reichweite der neuen Partizipationsformen zu Buche. Untersuchungen zu Folge werden diese Beteiligungsmöglichkeiten sehr stark von sozioökonomischen Faktoren beeinflusst. So ist ein signifikanter Abfall der Beteiligung von bildungsfernen Schichten und ökonomisch unterprivilegierten Gruppen zu konstatieren (Bertelsmann 2004). Dieses Phänomen der radikalen Schieflage der Repräsentation greift Jörke (2011) auf, um der heilen Welt der multiplen Demokratie zu widersprechen. Wenn Demokratie nur mehr anhand der Output-Leistungen und nicht mehr mittels Partizipation innerhalb der Institutionen legitimiert wird, bedeutet diese Selektion auch einen Rückgang der Repräsentation. Dieser Rückgang höhle die demokratische Legitimation aus und grenze die Zahl der Partizipierenden ein. Dieser Widerspruch Jörkes gegen die Thesen Noltes kann im Hinblick auf die breite Repräsentation der Sozialpartnerschaft, und dabei vor allem der Gewerkschaften und der Arbeiterkammer, zur Unterstützung der Ausführungen Crouchs herangezogen werden.

Ein weiteres Zeichen der Verschiebung in Richtung liberales Modell sind die Privatisierungen öffentlicher Dienstleistungen. Der Privatisierung und der Auslagerung öffentlicher Leistungen liegt für Crouch der unwidersprochene Glaube an die Effektivität und Effizienz des Marktes und der Ökonomie zu Grunde. Die „unsichtbare Hand“ des Marktes und die Effizienz dieses ist das neoliberale Credo mit dem im politischen Diskurs argumentiert und deren Handlungsweisen begründet werden. Somit werden auch vormals privatwirtschaftlich tätige Personen

in den öffentlichen Dienst berufen, um das Management und die Prozessabläufe dementsprechend umzustrukturieren und dem Dogma der ökonomischen Effizienz und Rationalität zu unterwerfen. Dass allerdings öffentliche Leistungen anderen Gesetzmäßigkeiten als jenen des freien Marktes unterworfen sein müssen, um die intendierte Qualität und den Umfang aufrechterhalten zu können, spielt in der Postdemokratie, nach Crouch keine Rolle mehr. Die Politik beschränke sich nur mehr auf die Verwaltung, wodurch es zu einer Unterminierung der Qualität der Demokratie komme (vgl. Crouch 2008, S. 130). Zusätzlich beschleunige die Globalisierung den schleichenden Entdemokratisierungsprozess:

„Die Internationalisierung der Kapitalmärkte und der politisch vorangetriebene Abbau von Wettbewerbsschranken haben die Chancen einer demokratischen Zivilisierung der Ökonomie beschnitten.“ (Jörke 2005, S. 491)

Solche Thesen lassen sich in Österreich seit den ersten Bemühungen zum EU-Beitritt Anfang der 1990er Jahre unter Franz Vranitzky belegen. Forciert wurde der Prozess mit den Privatisierungen in der Zeit der ÖVP-FPÖ Regierung.¹² Durch diese Auslagerung öffentlicher Dienstleistungen und deren Unterwerfung unter das Diktat des Wettbewerbes und des Wachstums, ist eine neue elitäre Klasse (Lobbyisten, Berater etc.) entstanden, die über einen privilegierten Zugang zur Politik und deren Entscheidungsträgern verfügen. Aber die Privatisierungen standen nicht generell im Widerspruch zum alten Proporzsystem. Vielmehr wurde der Versuch unternommen, den Parteienproporz zwischen SPÖ und ÖVP zu erweitern und die privatisierten Institutionen und die staatsnahen Betriebe mit parteinahen Managern zu besetzen. Die Praxis der politisch besetzten Managerposten hat in Österreich durch die Regierungsbeteiligung der FPÖ rasant zugenommen. Durch den jahrelang durchgeführten „Posten-Proporz“ durch SPÖ und ÖVP auch bei den Beamten-Besetzungen innerhalb der Ministerien, sah sich die FPÖ bei deren Regierungseintritt einer personellen Übermacht ausgesetzt und versuchte, dagegen externe Experten und Gutachter zu

¹² Vgl. dazu den aktuellen parlamentarischen Untersuchungsausschuss zur Cause Telekom Austria, BUWOG und diverse weitere gerichtliche Untersuchungen um damalige Regierungspolitiker.

positionieren.¹³ Auch außerhalb der Ministerien wurden einige Versuche unternommen, ihnen wohl gesonnene Personen in Führungspositionen zu hieven und so den traditionellen Proporz zwischen SPÖ und ÖVP zu durchbrechen.¹⁴

Crouch diagnostiziert eine immer dichtere Verflechtung zwischen den politischen und den wirtschaftlichen Eliten und einen stets leichten Wechsel zwischen Unternehmen, Lobbygruppen und politischen Institutionen, dem sogenannten Drehtüreffekt (vgl. Crouch 2008, S. 93). Dieses Phänomen wurde bei den jüngsten Ereignissen in Bezug auf den Korruptionsuntersuchungsausschuss zur Causa Telekom Österreich augenscheinlich. Allerdings waren diese personellen Wechsel, zumindest was die Sphären zwischen Politik und Wirtschaft betrifft, auch schon zu Zeiten des Wohlfahrtsstaates vorhanden. Damals unterhielt etwa Hannes Androsch, der langjährige Finanzminister (1970 – 1981) unter Bruno Kreisky, während seiner politischen Tätigkeit eine private Steuerberatungskanzlei¹⁵ und wurde mit Aufträgen von Staatsunternehmen versorgt. Gleich nach Beendigung seiner aktiven politischen Tätigkeit wechselte er in die Wirtschaft und wurde Generaldirektor der Creditanstalt (CA). Die Ära des Wohlfahrtsstaates war zusätzlich durch eine Reihe anderer Skandale, wie die Lucona-Affäre, den Noricum-Skandal, oder die AKH-Skandal belastet, die aus der personellen Nähe von Politik und Wirtschaft resultierten (vgl. Kriechbaumer 2004, S. 67ff) Somit trifft das Argument der engen Verquickung zwischen Politik und Wirtschaft als Zeichen der Veränderung gegenüber dem Wohlfahrtsstaat und somit der Postdemokratie zumindest auf Österreich nicht zu. Ein Unterschied zwischen der Politik der 1970er Jahre und jener ab den 2000er Jahren ist allerdings im Umfang und im Ausmaß der Verquickung zwischen Konzernen, großen Unternehmen und politischen Entscheidungsträgern festzustellen. Beginnend bei der Homepage-Affäre des Finanzministers Karl-Heinz Grasser, über die intransparente Privatisierung der

¹³ Z.B.: Finanzminister Grasser holt sich einen Budgetexperten (Ramprecht) ins Ministerium.

¹⁴ Z.B.: ÖBB, Asfinag, Austrocontrol usw. Siehe: <http://chorherr.twoday.net/stories/2570217/>

¹⁵ Androsch wurde rechtskräftig wegen Steuerhinterziehung verurteilt.

BUWOG¹⁶ und dem Ankauf der Eurofighter¹⁷, bis hin zur Auftragserteilung der Zusammenlegung des „Blaulichtfunkes“ unter Innenminister Ernst Strasser¹⁸ gibt es gegenwärtig anhängige Ermittlungen und Verfahren gegen damalige Regierungs- und Parteimitglieder der ÖVP-FPÖ- bzw. ÖVP-BZÖ-Regierung.

Jörke ist zuzustimmen, wenn er ähnlich wie Crouch schreibt, dass ein Indiz für veränderte Zustände in Richtung Postdemokratie sei, dass kollektiv verbindliche Entscheidungen in wachsendem Umfang zwischen der jeweiligen Exekutive und gesellschaftlich potenten Gruppen zumindest vorentschieden werden, und das Parlament als initiative Volksvertretung an Bedeutung verliere (Jörke 2005, S. 488). Auch in diesem Fall taugt die sozialpartnerschaftliche Politik nicht als Kontrastmittel, denn auch im Wohlfahrtsstaat wurde kräftig am Parlament vorbei regiert. Somit gibt es zwar quantitativ neue Erscheinungen, aber die Qualität der Demokratie wird im Vergleich mit der des Wohlfahrtsstaates zu Unrecht diskreditiert.

Es ist Crouch somit auch in Bezug auf die österreichische Demokratie in vielem Recht zu geben. Besonders die Verlagerung von politischen Entscheidungen von der mehr beeinflussbaren nationalen zur supranationalen Ebenen, verstärkt postdemokratische Tendenzen. Die Feststellung einer Machtverschiebung zwischen Arbeit und Kapital zu Gunsten des Kapitals ist auch im Hinblick auf Österreich schwer zu unterstützen. Allerdings ist die Glorifizierung der Demokratie des Wohlfahrtsstaates und die damit verbundenen Überbewertung gegenwärtiger Demokratiedefizite irreführend und trifft nicht den Kern der Veränderungen.

¹⁶ Chronologie unter:

<http://diepresse.com/home/wirtschaft/economist/512476/BuwogAffaere>

¹⁷ Chronologie unter:

<http://www.bmlv.gv.at/sk/lusk/abfangjaeger/chronologie.shtml>, und:

<http://de.wikipedia.org/wiki/Eurofighter-Aff%C3%A4re>

¹⁸ Chronologie unter:

http://www.wienerzeitung.at/nachrichten/wirtschaft/oesterreich/392988_Chronologie-der-Blaulichtfunk-Vergabe.html

Literatur:

- Bertelsmann Stiftung (2004): Politische Partizipation in Deutschland, Gütersloh, Abrufbar unter:
http://www.bertelsmann-stiftung.de/cps/rde/xbcr/SID-34434282-3146417E/bst/xcms_bst_dms_30910_30911_2.pdf
- Blühdorn, I. (2006): Billig will ich. Post-demokratische Wende und simulative Demokratie, In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4, S. 72-83
- Buchstein, H./Nullmeier, F. (2006): Einleitung. Die Postdemokratie-Debatte, In: Forschungsjournal Neue Soziale Bewegungen, Heft 4, S. 16-22
- Crouch, C. (2011): Das befremdliche Überleben des Neoliberalismus, Berlin
- Crouch, C. (2008): Postdemokratie, Frankfurt/Main
- Dachs, H./Gehrich, P./Gottweis, H./Kramer, H./Lauber, V./Müller, W.C./Tálos, E. (2006): Politik in Österreich, Wien
- Dahl, R. A. (1989): Democracy and its Critics, New Haven
- Dörre, K. (2011): Prekarität, Frankfurt/Main
- Giddens, A. (1999): Der dritte Weg. Die Erneuerung der sozialen Demokratie, Frankfurt/Main
- Jörke, D. (2011): Bürgerbeteiligung in der Postdemokratie; In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, 2011, S. 13-18
- Jörke, D. (2005): Auf dem Weg zur Postdemokratie; In: Leviathan 33, Heft 4, S. 482-491
- Kelsen, H. (1963): Vom Wesen und Wert der Demokratie, Aalen
- Kriechbaumer, R. (2004): Die Ära Kreisky, Wien
- Maimann, H. (1988): Die ersten 100 Jahre, Wien
- Mouffe, C. (2011): Postdemokratie und die zunehmende Entpolitisierung; In: le Bohemien, Abrufbar unter:
<http://le-bohemien.net/2011/03/09/postdemokratie/>
- Nolte, P. (2011): Von der repräsentativen zur multiplen Demokratie, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 1-2, S. 5-12
- Pelinka, A. (2004): Grundzüge der Politikwissenschaft, Wien
- Pelinka, P. (1988): Auf dem Weg zur Staatspartei, Wien
- Popper, K. (1980): Die offenen Gesellschaft und ihre Feinde, Tübingen
- Pribyl, H. (1991): Sozialpartnerschaft in Österreich, Wien
- Ritzi, C./Schaal, G.S. (2010): Politische Führung in der „Postdemokratie“, In: Aus Politik und Zeitgeschichte, 2-3, S. 9-15
- Schmidt, S. (2011): Politisches Interesse; Abrufbar unter:

http://www.bpb.de/themen/4LRDY6,0,Politisches_Interesse.html

SPÖ (2012): Das Grundsatzprogramm, Abrufbar unter:

http://www.spoe.at/bilder/d251/spoe_partei_programm.pdf

Tálos, E. (2008): Sozialpartnerschaft, Innsbruck und Wien

Tálos, E. (2006a): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, Wien

Tálos, E. (2006b): Sozialpartnerschaft. Austro-korporatismus am Ende?, In: Dachs, H./Gehrlich, P./Gottweis, H./Kramer, H./Lauber, V./Müller, W.C./Tálos, E. (2006): Politik in Österreich, Wien, S. 425-442

Tálos E./Karlhofer F. (2006): Sozialpartnerschaft am Abstieg, In: Tálos E. (2006): Schwarz-Blau. Eine Bilanz des „Neu-Regierens“, S. 102-116

Tálos E./Kittel B. (2001): Gesetzgebung in Österreich, Wien